

10-Punkte-Plan zur Rettung des Schuljahres

Unsere Kinder haben ein Recht auf Bildung. Dieses Recht darf zu keiner Zeit eingeschränkt werden – auch nicht während einer globalen Pandemie. Schulschließungen waren zu Beginn der Pandemie, zur schnellen Eindämmung der Ausbreitung des Virus ein probates Mittel. Nun gilt es, dies in der Zukunft zu verhindern und für die Zukunft gewappnet zu sein. Denn sonst besteht die Gefahr, dass auf die Corona-Krise eine jahrelange Bildungskrise folgt.

Leider hat es auch das Land Brandenburg versäumt, die Schulen auf die zweite Welle von Corona- Infektionen vorzubereiten. Die Schulschließungen offenbaren, dass unsere Schulen weder auf einen sicheren Präsenzunterricht noch auf digitales Lernen vorbereitet sind. Bis zur flächendeckenden Verfügbarkeit der Impfstoffe wird es aber immer wieder zum lokalen Anstieg von Corona-Infektionen kommen. Daher müssen nun schnellstmöglich die Versäumnisse der letzten Monate aufgeholt werden, damit schulische Bildung – ob in Präsenz oder digital – in jedem Fall und ohne Qualitätsverlust sichergestellt ist. Der Zugang zu hochwertigen Bildungsangeboten muss für alle Kinder gleichermaßen und zu jeder Zeit gewährleistet sein. Dies gilt für Präsenzunterricht ebenso wie für digitale Bildungsangebote. Wenn Schulunterricht vor Ort vereinzelt und zeitweise nicht möglich ist, muss reibungsfrei auf digitalen Unterricht von zu Hause ausgewichen werden können.

Die FDP Brandenburg fordert daher:

1. Regional differenzierte Öffnungsperspektive für die Schulen

Es braucht ein einheitliches und transparentes Richtwerte-Spektrum über den einfachen Inzidenzwert von 50 Neuinfektionen hinaus für die unterschiedlichen Unterrichtsszenarien. Dieses Richtwert-Spektrum erlaubt den Schulen sowie lokalen Gesundheits- und Ordnungsämtern regional angepasstes Handeln und schafft Klarheit für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern. Ziel hierbei muss es sein, Schulen insbesondere für die Jüngsten nach Evidenz basierten Kriterien wieder und unter ggf. angepassten Bedingungen öffnen zu können.

2. Unentgeltliche Bereitstellung von Schnelltests und FFP2-Masken

Durch regelmäßige Schnelltest vor Schulbeginn soll sichergestellt werden, dass sich Infektionen nicht unbemerkt ausbreiten. Für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte müssen unentgeltlich FFP2-Masken zur Verfügung gestellt werden.

3. Landesförderprogramm für mobile Luftfilter

Die Landesregierung soll ein Förderprogramm auf den Weg zu bringen, mit dem in Zusammenarbeit mit den Kommunen alle Schulen mit mobilen Luftfiltern oder anderen technischen Möglichkeiten ausgestattet werden können. So kann die Virenlast im Klassenraum reduziert werden, ohne dass selbst bei Minusgraden dauergelüftet werden muss.

4. Entzerrung des Schülerverkehrs

Für die Zeit der Corona-Pandemie soll die Landesregierung Mittel zur Verfügung stellen, die es den Kommunen in Zusammenarbeit mit privaten Busunternehmen

ermöglichen, mehr Busse zur Verfügung zu stellen, um den Schülerverkehr zu entzerren.

5. DigitalPakt Schule entbürokratisieren und beschleunigen

Die Förderrichtlinien zur Nutzung der Mittel aus dem DigitalPakt Schule müssen entbürokratisiert werden. Ziel muss es sein, bis Mitte des Jahres für jede Schule im Land einen durchfinanzierten Bedarf vorliegen zu haben, um die nötigen Beschaffungsprozesse einzuleiten.

6. Fortbildung und Unterstützung für Lehrkräfte im Bereich digitaler Lehre

Die Landesregierung muss die Versäumnisse der letzten Jahre bei der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte im Bereich digitaler Didaktik und Methodik schnellstmöglich durch Fortbildungen in Kooperation mit dem LISUM und externen Weiterbildnern aufholen. Zudem soll das Bildungsministerium für die Schulen und Lehrkräfte eine White-List (Positiv-Liste) qualitativ hochwertiger, zum Teil heute schon durch Nutzung durch andere Länder qualitätsgeprüfter Lernplattformen zusammenzustellen.

7. Dienstlaptops für Lehrkräfte

Mit einer Investitionsoffensive sollen alle Lehrkräfte im Land Brandenburg mit einem digitalen Dienstgerät ausgestattet werden. Analog zur Regelung in Nordrhein-Westfalen soll dies in Form einer Pro-Kopf-Pauschale in Höhe von 500 Euro pro Lehrkraft – unerheblich ob diese in Teil- oder Vollzeit arbeitet – an die Schulen ausbezahlt werden.

8. Lehramtsstudierende als Lern-Buddys einsetzen

Die Landesregierung sollte in Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam Lehramtsstudierende dafür anwerben, Schülerinnen und Schüler, aber auch ältere Lehrkräfte beim digitalen Lernen und Lehren zu unterstützen. Für diese Unterstützung sollen die Lehramtsstudierenden Leistungspunkte für ihr Studium erhalten.

9. Sichere Abschlussprüfungen

Die Schülerinnen und Schüler sollen ihre Abschlussprüfungen ohne Sorge um ihre eigene Gesundheit oder die ihrer Familienmitglieder absolvieren können. Die Landesregierung muss daher Vorbereitungen treffen und Rechtssicherheit schaffen, sodass mündliche Prüfungen bei hohem Infektionsgeschehen auch per Videokonferenz stattfinden können. Die Prüfungsqualität im Pandemie-Schuljahr darf nicht gesenkt werden.

10. Freiwillige Wiederholung des Schuljahres

Für viele Schülerinnen und Schüler ist das aktuelle Schuljahr eine große Herausforderung – durch Home-Schooling, soziale Isolation sowie durch gesundheitliche und finanzielle Sorgen in der Familie. Es soll daher die unkomplizierte Möglichkeit geben, das Schuljahr zu wiederholen, ohne dass dies auf die Verweildauer insbesondere in der gymnasialen Oberstufe angerechnet wird.